



Joachim Anlauf

Pressesprecher

Telefon (05 11) 30 30-41 18

Telefax (05 11) 30 30-48 54

Mobil (01 72) 5 99 56 32

joachim.anlauf@lt.niedersachsen.de

www.cdu-fraktion-niedersachsen.de



Silke Schaar

Pressesprecherin

Telefon (0511) 30 30-4302

Telefax (0511) 30 30-48 63

silke.schaar@lt.niedersachsen.de

Pressemitteilung Nummer 5/2008

8. Januar 2008

Parlamentarischer Untersuchungsausschuss JadeWeserPort

Hermann Dinkla (CDU) und Jörg Bode (FDP): „SPD und Grüne biegen sich für Wahlkampfzwecke die Wahrheit zurecht“

Hannover. Die Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben die von der Opposition gezogenen Schlussfolgerungen aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Vergabeverfahren JadeWeserPort und die daraus abgeleiteten Konsequenzen als „absurd“ zurück gewiesen. „Erst fordern SPD und Grüne Massenvereidigungen und jetzt wollen sie Massenentlassungen. Das hat mit einer sachlichen Untersuchungsausschussarbeit schon lange nichts mehr zu tun“, erklärten heute die Obleute der Koalitionsfraktionen Hermann Dinkla (CDU) und Jörg Bode (FDP).

„Eines zeigt die heute vorgelegte Bilanz jedoch deutlich: Es ist der Opposition im Untersuchungsausschuss nicht gelungen, die ihrerseits immer wieder vorgetragenen Vorwürfe zu beweisen. Die jetzt vorgelegte Bilanz ist der verzweifelte und nunmehr gescheiterte Versuch, im Landtagswahlkampf noch einmal zu punkten“, sagte Hermann Dinkla. „Die Vergabeverordnung ist nach den vorliegenden Erkenntnissen eingehalten worden. Das Projekt JadeWeserPort befindet sich im Zeitplan. Der Baubeginn hängt von der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts Lüneburg ab. Es gibt keinen Grund für Entlassungen“, machte Jörg Bode deutlich.

Weiterhin kritisierten die beiden Obleute den leichtfertigen Umgang von SPD und Grüne mit Zeugenaussagen und Akten. So habe die Opposition in ihrer Bilanz widersprüchliche Aussagen nicht gekennzeichnet. „Hier sind Zeugenaussagen als bewiesen dargestellt, die nicht bewiesen sind, sondern denen andere Zeugen maßgeblich widersprechen“, so Jörg Bode. Als vermeintliche Beweise habe die Opposition Akten und Protokolle angeführt, bei denen der Parlamentarische Untersuchungsausschuss ermittelt hat, dass lediglich die Teilnehmer und das Datum stimmen.

Außerdem zitieren SPD und Grüne wörtlich aus für vertraulich erklärten Akten der Bremer Seite und brechen damit die unter den Bundesländern getroffenen Absprachen. „SPD und Grüne biegen sich die Wahrheit so zurecht, wie sie es für ihre Wahlkampfzwecke brauchen. Das ist politisch höchst fragwürdig und zutiefst unseriös“, so Hermann Dinkla und Jörg Bode.